

Sehr geehrte Frau Schneider,

haben Sie vielen Dank für Ihren Mut, jene, die im Berliner Elfenbeinturm über die Corona- und Impf-Strategie entscheiden, durch die Darstellung Ihres persönlichen Schicksals direkt mit den konkreten Auswirkungen ihrer Entscheidungen zu konfrontieren! Aus meinen eigenen Erfahrungen als Mitglied des Gesundheitsausschusses weiß ich, dass vielen meiner Kollegen oftmals der Praxisbezug fehlt bzw. eventuelle lebensweltliche Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung bei Entscheidung nicht mitgedacht werden. Aus meinen eigenen Erfahrungen als Mitglied des Gesundheitsausschusses weiß ich, dass vielen meiner Kollegen oftmals der Praxisbezug fehlt bzw. eventuelle lebensweltliche Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung bei Entscheidung nicht mitgedacht werden.

Generell wird in der politischen Impfdebatte offensichtlich allzu oft vergessen, dass Gesundheitsvorsorge eine sehr individuelle Angelegenheit ist und Pauschalermasse wie eine Impfpflicht oder der Ausschluss vom öffentlichen Leben aufgrund von Impfnachweisen viele individuelle Sonderfälle nicht berücksichtigen. Ich habe selbst auch schon persönlich miterlebt, wie Personen, die aufgrund von Erkrankungen keine Maske tragen oder sich nicht impfen lassen können, trotz medizinischem Attest öffentlich beleidigt, gedemütigt und ausgegrenzt wurden. Weil in der öffentlichen und politischen Debatte nur noch in "schwarz/weiß" kommuniziert wird - es gibt nur entweder geimpft (inklusive aller Freiheitsrechte) oder ungeimpft (dann muss alles versagt bleiben). Es gibt kein Dazwischen für all jene, die den "Standard" nicht erfüllen. Deshalb kann ich Ihre Besorgnis sehr gut nachvollziehen.

Die Argumente, auf die Sie sich berufen, haben wir auch schon bemerkt und kommen deshalb zu dem Schluss:

Wir lehnen jegliche Impfpflicht - egal ob direkt oder indirekt - gegen COVID-19 entschieden ab!

Eine Impfpflicht stellt einen Eingriff in das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit aus Art 2 Abs. 2 GG dar. Voraussetzung wäre damit die Verhältnismäßigkeit. Dafür müsste sie geeignet, erforderlich und angemessen sein.

Genau diese Kriterien wären aber bei einer Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 keinesfalls erfüllt.

Die Einführung einer Impfpflicht gegen COVID-19 ist nicht erforderlich:

Die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite am 25. August 2021 wurde damit begründet, dass eine drohende Überlastung des Gesundheitssystems nicht ausgeschlossen werden könne.

Der Deutsche Bundestag hat zwischenzeitlich aber festgestellt, dass eine epidemische Lage von nationaler Tragweite nicht mehr besteht.

Trotzdem wird nun auch die Vorbereitung einer Entscheidung über eine allgemeine Impfpflicht mit einer angeblich dramatischen Lage in unserem Gesundheitssystem begründet. Das geht aber an der Wirklichkeit vorbei.

Ausweislich der Daten des Intensivregisters der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) ist die Belegung der Intensivbetten bundesweit, aber auch auf Landesebene stabil. Regionale Engpässe können demnach offensichtlich durch Verlegungen ausgeglichen werden. Dies ist dem Register zufolge unabhängig von den SARS-CoV-2-Infektionswellen. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie beträgt die Belegung konstant etwa 20.000 Betten.

Selbst nach Einschätzung der Bundesregierung ist die Lage in unserem Gesundheitssystem nicht so dramatisch, um der fortschreitenden Abnahme der gemeldeten Intensivbettenkapazitäten entgegenzuwirken. "Im Hinblick auf die bestehenden Reservekapazitäten im Rahmen der 7-Tage-

Notfallreserve sieht die Bundesregierung derzeit keinen Bedarf, den Ausbau weiterer intensivmedizinischer Behandlungskapazitäten zu fördern."

Die Einführung einer Impfpflicht gegen COVID-19 ist nicht geeignet:

Obwohl die Impfungen gegen COVID-19 gegen die Delta-Variante von SARS-CoV-2 noch eine Wirksamkeit von durchschnittlich noch 63.1 % gegen asymptomatische und 75.7 % gegen symptomatische Infektionen haben, korrelieren die entsprechenden Impfquoten verschiedener Staaten und Länder nicht mit den jeweiligen Inzidenzraten.

Entscheidender ist, dass in den Krankenhäusern die Patienten mit COVID-19-Impfdurchbrüchen zunehmen. In der Kalenderwoche 43 bis 46 des Jahres 2021 betrug die auf Intensivstation betreuten symptomatischen COVID-19-Fälle bei über sechzigjährigen 46,4 %, während 68,1 % der gesamten Bevölkerung vollständig geimpft waren (Stand 23.11.2021).

Die Wirksamkeit der COVID-19-Impfstoffe gegen die neue Omikron-Variante und insbesondere auch noch neueren Virus-Varianten ist dagegen noch weitgehend unklar.

Stattdessen gibt es unseres Erachtens sehr wohl eine Alternative zur Impfpflicht: Es wurden mittlerweile bereits einige hoch wirksame monoklonale Antikörper-Medikamente zur Behandlung von schweren Covid19-Fällen zugelassen. Es gibt auch bereit seit einem Jahr einen Urintest, erwiesenermaßen sehr genau vorhersagen kann, ob ein schwerer Verlauf eintreten wird. Mit beidem in Kombination sind wir sehr gut gerüstet für die Behandlung von Covid19-Infektionen und damit wird eine Impfpflicht obsolet, da die aktuellen Infektionszahlen unter mehrheitlich Geimpften beweisen, dass die Impfung nicht zuverlässig vor einer Ansteckung, ja noch nicht einmal vor einem schweren Verlauf schützt.

Die Einführung einer Impfpflicht gegen COVID-19 ist nicht angemessen:

"Ungeimpfte Personen gefährden bei hohen Impfquoten in der Bevölkerung vornehmlich sich selbst" teilte die Bundesregierung auf eine entsprechende Frage der AfD-Bundestagsfraktion mit.

(Bundestagsdrucksache 19/29947) Mit einer Impfpflicht das Grundrecht dieser Menschen zu verletzen, kann deshalb nicht angemessen sein.

Hinzu kommt, dass alle in Deutschland zur Verfügung stehenden COVID-19-Impfstoffe erst eine bedingte Zulassung haben. Das bedeutet, dass die Daten zur Nutzen-Risiko-Bilanz noch nicht vollständig sind und die entsprechende Evaluierung noch nicht abgeschlossen ist.

Aus all diesen Gründen lehnen wir eine Impfpflicht gegen COVID-19 entschieden ab und werden unser Möglichstes tun, um sie zu verhindern!

Gerne können Sie sich auf meinen Kanälen über meine Reden dazu im Plenum und meine Arbeit informieren. Ich habe dort nicht nur Zahlen und Statistiken zur Impfwirkung und Nebenwirkungen aus weltweiten Studien geteilt, um ein umfassenderes Bild zu schaffen, sondern z.B. auch ein Video der Mutter eines "Impf-Opfers", das uns aufrütteln sollte:

<https://www.facebook.com/sichertmartin>

<https://www.youtube.com/channel/UCsvkQ3N29K0hqsO1OPD1ioA>

Wir haben den ersten Antrag zur Impfpflicht veröffentlicht

(<https://dserver.bundestag.de/btd/20/005/2000516.pdf>) - und fordern darin, dass die Impfpflicht -

egal ob für jedermann oder einzelne Gruppen - sofort vom Tisch muss! Auch mit den ganzen

Ungereimtheiten der Zahlen und Daten traktieren wir schon seit Monaten die Regierung und spielen die Informationen an die Medien, so dass mittlerweile immer mehr öffentliche Zweifel an Vorgehen aufkommen.

Herzliche Grüße

Martin Sichert, MdB

Gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion